

**1. Unterstützen Sie unser Ziel, dass die europäische Regierung direkt oder mittelbar über das Parlament von den Wählerinnen und Wählern bestimmt wird?**

**X Ja**

»Die Deutsche Zentrumspartei ist eine überzeugte Anhängerin der demokratischen Mitbestimmung auf allen politischen Ebenen. Demzufolge ist dem von den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar gewählten EU-Parlament mehr Mitbestimmung einzuräumen. Dazu gehört es, dass die europäische Exekutive vom EU-Parlament berufen und abberufen wird.«

**2. Wir sehen die Zukunft der EU in einem Bundesstaat mit republikanischer Form. Teilen Sie dieses Ziel?**

**X Ja**

»Dieses Ziel teilen wir nicht nur, diese Entwicklung sehen wir als eine entscheidende, am Ende über Krieg und Frieden, Wohl und Wehe des gesamten Kontinents und seiner Bevölkerung bestimmende Frage. Nur in einem vereinigten europäischen Bundesstaat werden wir die vielfältigen Probleme und Herausforderungen der Zukunft meistern können.

Dieses Ziel wird aber nur erreicht werden können als Anliegen einer Mehrheit der Menschen in den einzelnen Mitgliedstaaten, nicht als Arbeitsprojekt der EU-Kommission oder als Schönwetter-Ideal in den Sonntagsansprachen auf Regierungsebene. Hier hat die etablierte Politik leider durchweg versagt. Die zuletzt auch von Deutschland zu verantwortende Disharmonie hat die EU-Skepsis vergrößert, statt die Europa-Begeisterung zu intensivieren.«

**3. Wir wollen nicht, dass ein Einzelland ein Übergewicht in der EU bekommt. Würden sie eine Anpassung der EU-Verträge unterstützen, die solche Ungleichheiten einhegt?**

**X Ja**

»Die europäische Idee lebt davon, dass nicht die Großen und Starken die Kleinen und Schwachen an den Rand drängen und dirigieren, sondern dass die Mitbestimmung aller als Ideal verstanden wird, das alle Nationen ermuntert, an diesem Einheitswerk mitzuwirken.

Wir sehen natürlich auch die berechtigte Sorge, dass wirtschaftliche und/oder (geo-)politische Stärke als Machtfaktor verstanden und bei bi- und multilateralen Verhandlungen in die Waagschale geworfen wird. Wir können uns auch nicht dem Anliegen derjenigen verschließen, die es als gerecht empfinden, wenn jenen Mitgliedstaaten, die im Einzelfall mehr investieren als andere Mitglieder, mehr Mitspracherechte eingeräumt werden.

Man wird daher nicht darum herumkommen, die EU-Absprachen sehr viel detailreicher auszugestalten und dabei auf die individuelle Situation der EU-Mitglieder eingehen zu müssen. Das ist ein komplexer und aufwendiger Reformprozess, der aber nach Auffassung des Zentrums alternativlos ist. Nur ein Land, das sich verstanden fühlt in seiner spezifischen Lage, wird Europa mit der notwendigen Aufgeschlossenheit begegnen.

Die europäischen Politikerinnen und Politiker dürfen sich nach Auffassung der Zentrumspartei nicht länger davor drücken, diesen Reformprozess in Angriff zu nehmen und sich auf den mühsamen Weg der Verständigungssuche zu begeben. Denn das ist ihre Pflicht und Verantwortung, die sich aus ihrem Mandat ergibt.«

**4. Für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird oft eine EU-Armee gefordert. Ein Vorteil der Bundeswehr ist, dass sie dem Parlament unterstellt ist. Falls eine EU-Armee gebildet werden soll, werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese ausschließlich vom EU-Parlament kontrolliert wird?**

**X Ja**

»Deutschland hat gute Erfahrungen damit gemacht, dem Bundestag die Entscheidungsgewalt über den Einsatz seiner Armee zu überantworten. Insofern haben wir gute Argumente, dies auch für den Fall des Aufbaus einer EU-Armee anzuregen. Letztlich muss aber auch diese Entscheidung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedstaaten getroffen werden, die möglicherweise anderen Traditionen und Hierarchien verbunden sind. Hier sieht das ZENTRUM noch erheblichen Abstimmungsbedarf.«

**5. Für Verkehrsinfrastruktur gilt: natürliche Monopole sollen nicht privatisiert werden. Um eine europaweite Verknüpfung der Infrastruktur zu erreichen, sollen die entsprechenden Kompetenzen auf die EU-Ebene gehoben werden?**

**X Ja**

»Mobilität ist ein gesamteuropäisches Anliegen, das wie kaum ein anderes auf die Überwindung von Grenzen und Separatstrukturen ausgerichtet sein muss. Die wünschenswerte Harmonisierung in diesem Bereich kommt unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern Europas zugute. Dies erfordert es, diesen Kompetenzbereich stärker als bisher europaweit zu koordinieren.«

**6. Sind Sie bereit, im Zuge der Gestaltung einer europäischen Infrastruktur, eine entsprechende EU-weite Harmonisierung der nationalen Voraussetzungen und Gesetzgebungen durchzusetzen?**

**X Ja**

»Das ZENTRUM unterstützt die Bestrebungen, die Lebensbedingungen in zentralen Bereichen europaweit so weit anzugleichen, dass es in Zukunft keinen Unterschied mehr macht, ob Menschen in Portugal oder Estland, in Oslo oder Palermo leben; die europäische Infrastruktur soll harmonisiert werden. Dazu ist es erforderlich, die Abstimmung mit den EU-Partnern dahingehend zu suchen, die nationalen Bestimmungen und Absichten europäisch auszurichten und sie letztendlich einer gemeinsamen Koordination zu überantworten.«

**7. Englisch ist de facto die aktuelle Weltsprache. Unterstützen Sie, dass Englisch auch zukünftig Verwaltungssprache der EU bleibt?**

**X Ja**

»Das ZENTRUM anerkennt, dass Englisch nicht nur die Weltsprache ist, sondern sich auch innereuropäisch als Verkehrssprache etabliert hat. Insbesondere die europäische Jugend verständigt sich auf Englisch.

Die Zentrumsparlei unterstützt daher, dass Englisch Verwaltungssprache der EU bleibt. By the way: Bundespräsident Gauck rief noch vor einiger Zeit dazu auf, dass die Menschen in Deutschland vermehrt Englisch als weitere Sprache annehmen. Offensichtlich war es aber bislang nicht einmal möglich, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen durch eine zweite Tonkanal-Wahl Programminhalte englischsprachiger Herkunft im Original (besser noch: Mit Untertiteln) ansehen zu können. Hier herrscht noch viel Ignoranz und Verbesserungsbedarf.«

Düsseldorf, 12. April 2017



### Zur Deutschen Zentrumspartei:

Die **Deutsche Zentrumspartei** entstand aus dem politischen Katholizismus und wurde am 13. Dezember 1870 gegründet. Sie setzte gegen Bismarck die Sozialgesetzgebung durch und erreichte nach dem 1. Weltkrieg große Bedeutung, als sie mehrfach den Reichskanzler stellte und in der Weimarer Republik eine vermittelnde Rolle einnahm.

Mit Stimmenanteilen von 19 bis 28% war die Zentrumspartei zeitweise stärkste Partei in Deutschland und bis 1932 an jeder Reichsregierung beteiligt.

1933 wurde die Partei von den National-Sozialisten verfolgt und verboten.

Das ZENTRUM, für das der spätere Bundeskanzler **Konrad Adenauer** (1876 – 1967) Oberbürgermeister in Köln gewesen war, stellte mit **Rudolf Amelunxen** (1888 – 1969) bis 1947 den ersten Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und war bis 1958 in der NRW-Landesregierung vertreten.

Mit **Helene Wessel** (1898 – 1969) präsentierte die Zentrumspartei nicht nur die erste weibliche Bundesvorsitzende aller deutschen Parteien, sondern auch die erste weibliche Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, was es erst Jahrzehnte später wieder geben sollte.

Das ZENTRUM ist heute überkonfessionell strukturiert, bekennt sich jedoch zu einer christlichen Ethik auf einer sozialen Grundlage.



**Deutsche Zentrumspartei**  
-Älteste Partei Deutschlands – gegr. 1870-  
**(ZENTRUM)**